

Oskar Weggel

## Schlußstrich unter die Vergangenheit: China und Indonesien nehmen wieder diplomatische Beziehungen auf

Am 3. Juli 1990 unterzeichneten die beiden Außenminister Qian Qichen und Ali Alatas in Beijing ein Kommuniqué über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Seiten, in dem es hieß, daß beide in Übereinstimmung mit den Vereinbarungen von Tokyo vom 23. Februar 1989 auf der Basis der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz beschlossen hätten, die diplomatischen Beziehungen mit Wirkung vom 8. August 1990 "wieder aufzunehmen".<sup>1</sup> Kein Wort über Taiwan und auch keine ausdrückliche Erwähnung des Alleinvertretungsanspruchs der VR China! Dies ist m.a.W. ein höchst merkwürdiges Kommuniqué, das die Ausnahmestellung widerspiegelt, die im chinesisch-indonesischen Verhältnis herrscht.

Einer besonderen "Ein-China-Klausel" hatte es allerdings auch nicht bedurft, da Indonesien ohnehin nie daran gedacht hatte, mit Taiwan Beziehungen aufzunehmen, obwohl Taipei eine Reihe von hochrangigen Politikern nach Jakarta entsandt hatte, die versuchen sollten, Indonesien für diplomatische Beziehungen zur Republik China zu gewinnen. Daß die "Ein-China-Politik" für beide Seiten kein Problem war, wurde auch in einem *Renmin ribao*-Artikel vom 4. Juli ausdrücklich betont.

Gleichwohl deutet die Nichterwähnung des Alleinvertretungsanspruchs darauf hin, daß Indonesien bei den Verhandlungen am längeren Hebel saß.

China wollte offensichtlich, koste es was es wolle, mit Indonesien wieder seinen Frieden machen und damit zugleich auch ein Stück der außenpolitischen Isolierung durchbrechen, in die es seit dem Massaker vom Tiananmen-Platz geraten ist.

Andererseits hatte aber auch Indonesien immer deutlicher gespürt, daß eine Lösung regionaler Fragen, vor allem des Kambodscha-Problems, ohne Mitwirkung Chinas, das ja nicht nur eines der fünf Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats, sondern auch die Hauptstütze der Khmer Rouge in Kambodscha ist, nicht möglich sei.

"Die Zeit" war ganz einfach "reif!"<sup>2</sup>

Mit Indonesien hatte es immer schon eine eigene Bewandnis: Zhou Enlai hatte bereits an der Bandung-Konferenz von 1955 teilgenommen. Seitdem fühlte sich das Indonesien Sukarnos der VR China in einer Art revolutionärer Sympathie verbunden. Die Regierung in Beijing, die in Indonesien schon früh den Schlüsselstaat Südasiens erkannt zu haben glaubte, beschloß, sich mit diesem Partner in allen außenpolitischen Zielen abzustimmen und dabei - bis zu einer gewissen Toleranzgrenze - auch momentane Rückschläge in Kauf zu nehmen, mit denen ja angesichts der Quecksilbrigkeit der damaligen Sukarno-Führung stets zu rechnen war. Den wichtigsten Ansatzpunkt für außenpolitische Gemeinsamkeiten bildete zunächst der Kampf Indonesiens gegen die Niederländer und Briten, in wachsendem Maße auch gegen die amerikanische Präsenz in Südostasien. In Verfolgung seiner "antiimperialistischen und antikolonialistischen" Ziele entwickelte Sukarno 1963 seine von Beijing begeistert begrüßte Zwei-Lager-Strategie, die den Kampf der NEFOS (New Emerging Forces) unter der Führung Indonesiens gegen die OLDEFOS (Old Established Forces) postulierte.

Beijing unterschrieb auch den Plan Sukarnos zur Gründung einer CONEFO (Conference of the New Emerging Forces), eine Art Gegen-UNO, sowie

der GANEFO-Spiele, einer Gegenveranstaltung der Dritten Welt zu den Olympischen Spielen.

Als Sukarno zwischen 1963 und 1966 seine "Konfrontationspolitik" gegen die im September 1963 gegründete Föderation Malaysia begann und dabei auf den Widerstand der USA und Großbritannien stieß, konnte er sich auch hier auf die chinesischen Freunde verlassen.

Die neuentstandene Achse Beijing-Jakarta mußte der chinesischen Führung um so willkommener sein, als auch die größte südostasiatische KP, nämlich die von Aidit angeführte PKI, fast dekungsgleich mit Sukarno argumentierte und agierte. Zwischen PKI, Präsidentenam und der chinesischen Botschaft in Jakarta entstand damals ein Dreiecksbündnis, das von den antikommunistischen Kräften Indonesiens, an deren Spitze damals bereits Suharto stand, als Zentrum einer Verschwörung verdächtigt wurde, deren Komplott im September 1965 ans Tageslicht kam. Die Gegenkräfte unter Suharto handelten schnell und sorgten dafür, daß Hunderttausende von Kommunisten hingerichtet, die PKI zerschlagen, Sukarno von der Macht abgedrängt und die diplomatischen Beziehungen zu Beijing suspendiert wurden. Die neue Regierung unter General Suharto räumte sowohl mit der Innen- als auch der Außenpolitik Sukarnos auf und schlug außenpolitisch einen prowestlichen Kurs ein. Bis 1989 zeigte die indonesische Regierung den Chinesen die kalte Schulter.

Bereits seit Beginn der 80er Jahre gab es wieder indirekte Handelsbeziehungen zwischen beiden Seiten. 1984 beispielsweise belief sich dieser Austausch auf ein Volumen von 240 Mio. US\$. Direkte Handelsbeziehungen wurden dagegen erst 1985 wiederaufgenommen.<sup>3</sup> 1989 hatte das Gesamtvolumen eine Summe von 920 Mio. US\$ erreicht.

Im April 1985 auch hatte eine chinesische Delegation unter der Leitung des damaligen Außenministers Wu Xueqian an den 30-Jahr-Feiern der Bandung-Konferenz (1955) teilgenommen, wobei es zu ersten Gesprächen mit indonesischen Spitzenpolitikern, u.a. mit Präsident Suharto, gekommen war.<sup>4</sup>

Zur Vorsicht mahnten damals vor allem indonesische Militärkreise und der indonesische Geheimdienst. Anlaß für solche Mahnungen waren die Erfahrungen von 1965, die Zweifel an der Loyalität der in Indonesien lebenden chinesischen Minderheiten ausgelöst hatten.

Erst 1989 kam es dann erneut zu politischen Kontakten. Anlaß waren die Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen japanischen Kaiser Hirohito im Februar 1989.

Der chinesische Außenminister Qian Qichen traf bei dieser Gelegenheit mit Staatspräsident Suharto zusammen und konferierte mit ihm über die Wiederherstellung der Beziehungen.

Daraufhin kam es vom 4. bis 9. Dezember 1989 zu Verhandlungen in Jakarta, bei denen Einzelheiten, wie die Frage der Doppelstaatsangehörigkeit, des Baus von beiderseitigen Botschaftsgebäuden und der Rückzahlung indonesischer Schulden an China erörtert wurden. Beide Seiten einigten sich - ganz im Sinne ähnlicher bilateraler Abmachungen von 1955 - darauf, daß eine Doppelstaatsangehörigkeit nicht zugelassen werden sollte, daß also Chinesen in Indonesien entweder für die chinesische oder für die indonesische Staatsangehörigkeit zu optieren hätten. Auch die Frage der Errichtung von Botschaftsgebäuden war schnell geklärt.

Die Schuldenfrage blieb einer weiteren Gesprächsrunde überlassen, die im März 1990 in Beijing und im Mai 1990 in Hongkong zusammentrat. Dabei wurde vereinbart, die Rückzahlung der noch ausstehenden Schulden auf der Basis der "Pariser Formel" zu bewerkstelligen.<sup>5</sup> Jakarta schuldete der VR China seit 1967 120 Mio. US\$. Gemäß der vom "Club der Gläubiger von Paris" im April 1970 (unter maßgebender Beteiligung des damaligen Deutschen Bank-Chefs Abs) ausgehandelten Formel sollte Indonesien seine Schulden an die verschiedenen Gläubiger in 30 gleichen Jahresraten zurückzahlen.

Im Interesse eines baldigen Ausgleichs zwischen beiden Ländern ließ sich nun auch China auf die Formel von Paris festlegen.

Überhaupt hatte sich Beijing bei den Vorverhandlungen von der indonesischen Seite einig gefallen lassen

müssen und dabei ganz gewiß auch einige Male kräftig geschluckt: sei es nun beim Verzicht auf die Erwähnung seines Alleinvertretungsanspruchs im Kommuniqué, sei es bei der Einwilligung in die Schuldenformel von Paris oder aber in der Frage der Errichtung chinesischsprachiger Schulen in Indonesien. Am 9. Juli behandelte Fuad Hassan diese Frage und verneinte sie. Zwar dürften weiterhin Schulen für ausländische Kinder, vor allem für Diplomaten, betrieben werden. Chinesischsprachige Schulen jedoch fielen nicht unter diese Kategorie.<sup>6</sup>

Diese Stellungnahme ist typisch für das Mißtrauen Jakartas. Das "Trauma von 1965" wirkt nach. Immer noch besteht eine Tendenz, das Auslandschinesentum mit der VR China und ihrem "Marxismus" in Verbindung zu bringen.

Der Marxismus darf zwar an Hochschulen als Fach gelehrt, in der politischen Praxis aber nicht propagiert werden. Antikommunismus ist immer noch eins der Leit motive, die der indonesischen Staatsdoktrin des Pancasila unausgesprochen zugrunde liegen.

Außenminister Qian Qichen berührte den heißen Punkt bei einer Pressekonferenz in einem einzigen Satz. Auf die Frage eines Journalisten, ob China nach wie vor Beziehungen mit der PKI unterhalte, antwortete Qian, er wisse gar nicht, ob die PKI überhaupt noch existiere.

China möchte über die Vergangenheit allzu gerne Gras wachsen lassen. Es feierte die Wiederaufnahme beiderseitiger Beziehungen als "historisches Ereignis".<sup>7</sup>

Die *Renmin ribao*<sup>8</sup> erinnerte daran, daß beide Länder die ersten in Asien waren, die einst miteinander offizielle Beziehungen aufgenommen haben, nämlich bereits im Januar 1950. Durch unglückliche Umstände verursacht, sei es jedoch dann zu einer 23jährigen Störung gekommen, die man nun glücklicherweise habe überwunden können.

Die Aussöhnung mit Indonesien stellt sich als Aspekt einer diplomatischen Offensive der VR China in die Region Südostasien dar, die wiederum Teil eines großen Versuchs ist, aus der Isolierung auszubrechen, in die Beijing seit dem 4. Juni 1989 geraten ist. Die ASEAN-Länder haben auf die Niederschlagung der Demokratiebewegung in

China wesentlich zurückhaltender reagiert als der Westen (weil sie mehr Verständnis dafür gehabt haben?), und sie sind außerdem wichtige Gesprächspartner bei der Lösung der Kambodscha-Frage.

Diplomatische Beziehungen bestehen seit 1974 mit Malaysia, seit 1975 mit den Philippinen und Thailand - und nun auch wieder mit Indonesien. Singapur folgt demnächst (vgl. Übersicht) und Brunei "zu gegebener Zeit". Der Besuch Ministerpräsident Li Pengs in einer Reihe von ASEAN-Staaten Mitte August 1990 hat das Gesprächsinteresse Beijings gegenüber der Region erneut demonstriert. Es geht um Kambodscha, um Handel und Investitionen sowie um Sicherheitsfragen. Im sicherheitspolitischen Zusammenhang hat Li allerdings den Vorschlag Australiens abgelehnt, ein Sicherheitsforum für Asien nach dem Vorbild der KSZE ins Leben zu rufen, und zwar mit dem Hinweis, daß sich in Asien im Gegensatz zu Europa keine zwei Machtblöcke gegenüberstünden. Gegenüber einem wirtschaftspolitischen Forum der asiatisch-pazifischen Länder zeigte sich Li aufgeschlossener, ohne jedoch konkrete Zusagen zu machen.

Bei allen Gesprächen Lis in Jakarta und Bangkok war eine Friedensregelung für Kambodscha eines der zentralen Themen. Wie schon Indonesiens Präsident Suharto, hat auch Chatichai Li aufgefordert, die über Thailand laufende Lieferung von Kriegsmaterial an die Roten Khmer einzustellen, um sie so zu Friedensgesprächen zu zwingen. Zwar hat Li in Jakarta wiederholt bestätigt, auch China wünsche keine Rückkehr der Roten Khmer zur Macht, aber sie sind noch immer eine Karte in der Hand Beijings zur Eindämmung des vietnamesischen Einflusses auf Kambodscha.

Man sieht: die - strategische - Wiederversöhnung mit Indonesien hat für China auch gleich den - eher taktischen - Nebeneffekt, die Resonanzfläche für seinen Kambodscha-Standpunkt zu erweitern.

#### Anmerkungen:

- 1) XNA, 4.6.90.
- 2) XNA, 2.7.90.
- 3) Im einzelnen C.a., Juli 1985, S.465/1.
- 4) XNA, 2.7.90.
- 5) XNA, 23.5.90.
- 6) Radio Jakarta in SWB, 11.7.90.
- 7) XNA, 4.7.90.
- 8) RMRB, 4.7.90.